

Zukunft entsteht aus Zusammenhalt

Die Corona-Pandemie hielt Deutschland in den vergangenen 12 Monaten fest in ihrem Griff. Für alle war das eine große Herausforderung und ist es noch. In den nächsten Wochen werden wir noch unter erheblichen Einschränkungen leben und arbeiten müssen. Der Beginn der Impfungen machen uns aber Hoffnung, dass wir im Jahr 2021 die Krise meistern werden. Wir wollen den Menschen für den Sommer eine Perspektive geben, dass wir die Pandemie besiegen werden. Dazu muss das Impfen ein Erfolg werden. Eines können wir aus der Krise ganz bestimmt lernen: Wenn wir zusammenhalten, geht alles besser. Deswegen sagen wir in der SPD-Bundestagsfraktion: Wir wollen die Zukunft gestalten – und zwar gemeinsam. Denn aus Zusammenhalt entsteht Zukunft.

In diesem Sinne starten wir in das Jahr 2021.

1. Neustart der transatlantischen Beziehungen

Der Angriff von hunderten, gewaltbereiten Trump-Anhängern auf das Kapitol in Washington ist ein tiefer Einschnitt in der Geschichte der USA. Wahrscheinlich ist es der größte Schaden in der Verantwortung Donald Trumps und seiner viel zu vielen Unterstützer, auch im Kongress, in einer ohnehin unrühmlichen Präsidentschaft. Es ist an der Zeit, dass dieser Volks- und Demokratieverhetzer endlich das Weiße Haus verlässt. Die Demokratie in den USA braucht einen neuen Präsidenten und sie braucht einen neuen gesellschaftlichen Konsens, einschließlich des Bekenntnisses zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Gemeinsame Werte sowie enge, vielfältige und über Jahrzehnte gewachsene Beziehungen prägen das transatlantische Bündnis. Jetzt, mit der Wahl von Joe Biden und Kamala Harris¹, ist eine enge und auf Vertrauen bauende Zusammenarbeit wieder möglich. Beide Seiten stehen – gerade in der internationalen Politik – für demokratische Werte, Ausgleich sowie für soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Die Herausforderungen sind vielfältig. Mit der Biden-Administration besteht die große Chance, den Multilateralismus, die regelbasierte internationale Ordnung wieder mit Leben zu erfüllen, um diesen Zielen näher zu kommen. In wenigen Tagen beginnt die neue Präsidentschaft: Zeit für einen Neustart der transatlantischen Beziehungen.

Nach vier Jahren Chaos unter Trump muss die Architektur der multilateralen Abrüstungspolitik wieder gestärkt werden. Wir setzen uns für eine abrüstungs- und rüstungskontrollpolitische Offensive 2021 ein. Dazu gehört, dass bestehende Vereinbarungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung, vorrangig der New START- und der Open-Skies-Vertrag, unbedingt gerettet werden müssen. Hierfür brauchen wir schnellstmöglich ernsthafte Gespräche zwischen Moskau und der neuen Biden-Administration. Genauso müssen alle Verpflichtungen aus dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) umgesetzt werden. Denn unser Ziel ist und bleibt eine Welt ohne Atomwaffen.

Wir sind mit einer neuen nuklearen Ordnung konfrontiert, die weit komplexer, unübersichtlicher und vor allem gefährlicher ist als das relative „Gleichgewicht des Schreckens“. Die überkommenen Abschreckungskategorien des Kalten Krieges greifen nicht mehr. Deshalb müssen Nuklearwaffenstaaten ihrer Verantwortung für nukleare Abrüstungsschritte gerecht werden. Der im Rahmen der Vereinten Nationen beschlossene Atomwaffenverbotsvertrag bringt eine weitere Dynamik in die

Bemühungen für eine nuklearwaffenfreie Welt, die wir sehr begrüßen. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, als Beobachter an der Vertragsstaatenkonferenz teilzunehmen und so die Intentionen konstruktiv zu begleiten.

Der nun wieder mögliche, enge Schulterschluss schafft die Grundlagen für einen transatlantischen New Deal. Er ist notwendig, um in einem Dialog auf Augenhöhe unsere Partnerschaft den globalen Umbrüchen anzupassen. Zentral dabei ist neben der gemeinsamen Bekämpfung der akuten Pandemiekrise auch die gemeinsame Bekämpfung der Klimakrise und die enge Partnerschaft in Schlüsselbereichen wie erneuerbaren Energien und nachhaltiger Mobilität. Gleichzeitig brauchen wir ein abgestimmtes multilaterales Handeln in der Handelspolitik. Gemeinsam können wir Steuerschlupflöcher bekämpfen und schließen und ein gemeinsames Verständnis für den Umgang mit digitalen Monopolen entwickeln. Und gerade in Zeiten der Corona-Krise: Wir brauchen die vereinten Kräfte starker Bündnisse. Zum Auftakt unserer Fraktionsklausur haben wir mit dem Gouverneur von New Jersey, Phil D. Murphy, über die Chancen eines neuen transatlantischen Verhältnisses diskutiert.

2. Öffentlicher Gesundheitsdienst als dritte Säule der Gesundheitsversorgung

Viele Menschen in Deutschland spüren gegenwärtig, dass wir trotz der Corona-Krise, der gebotenen Abstände und digitalen Zusammenkünfte näher zusammengerückt sind. Um die Gesundheit aller zu schützen, haben die Bürger*innen in den vergangenen Monaten zusammengehalten und aufeinander geachtet. Die meisten von uns haben die notwendigen Maßnahmen zum Schutz anderer befolgt und erlebt, dass und wie sehr wir aufeinander angewiesen sind. Umso wichtiger ist ein handlungsfähiger Staat, dem die Bürger*innen voll und ganz vertrauen können. Wir werfen einen neuen Blick auf unser Gesundheitssystem: Wie können wir alle schützen? Kaum ein anderer Bereich wurde durch die Corona-Pandemie so stark belastet wie die Gesundheitsämter vor Ort. Das hat uns vor Augen geführt, wie existenziell wichtig ein **funktionierender öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD)** ist. Wir meinen deshalb, dass ein öffentlicher Gesundheitsdienst neben ambulanter und stationärer Versorgung zu einer starken dritten Säule werden kann, der eine umfassende Versorgung für alle Menschen bereitstellt. Er ist auch ein wichtiger Akteur für Public Health und gesundheitliche Chancengleichheit in der Kommune. Deshalb brauchen wir dort mehr Personal, mehr Digitalisierung, mehr Vernetzung mit der Wissenschaft sowie eine bessere institutionelle Absicherung auf allen föderalen Ebenen.

Die bundeseinheitliche Nutzung des digitalen Meldesystems DEMIS und des Kontaktpersonenmanagements SORMAS muss dringend vorangetrieben werden. In Kooperation mit der Wissenschaft müssen dem ÖGD Kohortenstudien zur epidemiologischen Bewertung von Infektionsrisiken möglich sein. Wir wollen, dass der Bund mehr Kompetenzen erhält und schlagen neben einer generellen Rahmenkompetenz die Neueinrichtung eines Bundesgesundheitsamtes vor. Es geht um viel. Es geht um eine Zukunft, in der wir gestärkt die Krise hinter uns lassen.

3. Stabil und zukunftsorientiert aus der Krise – in Deutschland und Europa

Deutschlands wirtschaftliche Grundlage sind seine starke Industrie, qualifizierte Arbeitnehmer*innen, eine Vielzahl kleiner, mittelständischer Unternehmen und eine gefestigte Kultur der Selbständigkeit und der Sozialpartnerschaft. Diese gewachsenen und leistungsfähigen Strukturen müssen gut aus der Krise kommen. Mit der Verfügbarkeit eines Impfstoffs ist eine Normalisierung der deutschen, der europäischen und der globalen Wirtschaft näher gerückt. Aber die Krise ist noch nicht bewältigt, viele Unternehmen gerade der Tourismus- und Veranstaltungswirtschaft oder der Gastronomie stehen weiter auf der Kippe, viele Soloselbständige und Minijobber bangen weiter um ihre Existenz. Wir werden daher die notwendigen Beschlüsse fassen, damit Unternehmen nach der Krise schnell wieder Fuß fassen und Menschen in ihre Jobs zurückkehren können.

Wir haben bereits durchgesetzt, dass die Investitionen des Bundes kontinuierlich gestiegen sind und mittlerweile ein Rekordniveau erreicht haben. Auch die krisenbezogenen Konjunkturimpulse sind mit **starken Zukunftsinvestitionen** verbunden. Wir werden weiter investieren: in die Digitalisierung unserer Schulen, in den Breitbandausbau, in nachhaltige Mobilität und erneuerbare Energien, in Zukunftstechnologien und die Zukunft der Arbeit. Wer als Antwort auf die Krise dagegen Investitionen wieder zurückdrehen oder den Sozialstaat abbauen will, muss mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen. Um eine Investitionspolitik aus einem **Guss von Bund, Ländern und Kommunen** zu erreichen, wollen wir in einer „**Investitionsallianz**“ Leitlinien festlegen.

Zugleich werden wir die gemeinsame Investitionskraft und Zukunftsfähigkeit Europas weiter stärken. In der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist es gelungen, den Zusammenhalt Europas in der Krise zu sichern. Mit dem von Finanzminister Olaf Scholz und seinem französischen Amtskollegen Le Maire maßgeblich entwickelten europäischen Wiederaufbaufonds wurde ein starkes Bündnis für solidarische Zukunftsinvestitionen geschmiedet, das in der Geschichte der EU beispiellos ist. Wir wollen, dass der Wiederaufbaufonds eine Blaupause dafür wird, um die EU-Wirtschafts- und Investitionspolitik dauerhaft zu stärken. Neben diesem Bündnis für Zukunftsinvestitionen wollen wir als weitere wichtige Antwort Europas auf die Krise auch ein **europäisches Bündnis für sozialen Zusammenhalt** schaffen: insbesondere mit einem gemeinsamen Rahmen für faire Mindestlöhne in Europa und mit einer Europäischen Arbeitslosenrückversicherung, die als zusätzliches Sicherheitsnetz die nationalen Arbeitslosenversicherungen ergänzt.

4. Ein gerechtes, nachhaltiges Leben und Wirtschaften

Aus der Krise zu lernen bedeutet auch, Gerechtigkeitsdefizite entschlossen anzugehen und den Strukturwandel durch Digitalisierung und Klimawandel im Sinne der Unternehmen und Beschäftigten aktiv zu gestalten. **Verteilungsgerechtigkeit** herzustellen ist eine Aufgabe des Staates. Sie kann aber nur gelingen, wenn wir unsere **Wettbewerbsfähigkeit** insbesondere in unseren Leitindustrien wie Automobil, Maschinenbau oder Chemie erhalten. Wir wollen die Wirtschaft auf ihrem Weg in ein neues industrielles Zeitalter unterstützen, um **Leitanbieter von Zukunftstechnologien** zu werden. Große Wachstumschancen liegen in den Bereichen Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Wir setzen auf Technologieoffenheit, wollen aber gleichzeitig gezielt fördern: Wasserstoff-, Brennstoff- und Batteriezellen- aber auch Nanotechnologien. Deutschland muss eine Führungsrolle bei Innovationen einnehmen. Dafür wollen wir die Innovationsförderung weiter erhöhen und die Startup-Finanzierung ausbauen. Mit einem Nationalen Technologie- und Transformationszentrum und Brancheninnovationsfonds wollen wir die Industrie- und Innovationspolitik strategisch neu aufstellen. Das Gelingen des Wandels hängt ganz wesentlich an der **Qualifizierung** der Beschäftigten. Wir brauchen daher erhebliche **Mehrinvestitionen in Bildung und Qualifizierung**, um den Wandel in Qualifikationsanforderungen und Berufsbildern frühzeitig anzugehen.

Es ist völlig klar: Die allermeisten Unternehmen in Deutschland sind rechtstreu. Sie schaffen Arbeitsplätze, bilden aus und schaffen die Grundlage für unseren Wohlstand. Wir wollen Unternehmen den Rücken stärken, die Regelübertretungen vorbeugen und bei Gesetzesverstößen aktiv aufklären und mit den Behörden kooperieren. Dadurch stärken wir das Vertrauen in den Rechtsstaat. Die Ehrlichen dürfen nicht die Dummen sein. Daher werden wir mit dem Gesetz zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft verantwortliches Handeln stärken und Korruption vorbeugen. Wir reformieren das überholte Unternehmensrecht und schaffen internationalen Standards entsprechende rechtliche Voraussetzungen. Die Verantwortung bei Gesetzesübertretungen in Unternehmen, darf nicht länger nur auf einzelne Mitarbeiter*innen abgeschoben werden.

Um die notwendigen Investitionen in nachhaltige Infrastrukturen effektiv umzusetzen, müssen **Planungsverfahren und -abläufe auf den Prüfstand**. Planungsverzögernde Regelungen müssen abgebaut und der **Aufbau der digitalen öffentlichen Verwaltung** forciert werden. Ein großer Engpass für schnellere Planungsverfahren sind qualifizierte Mitarbeiter*innen in den Ämtern auf allen Ebenen.

Wir setzen uns daher für eine **staatliche Ausbildungsoffensive für Ingenieur*innen und planende Berufe** ein.

Der Wohlstand unserer Vergangenheit fußt auf fossilen Ressourcen. Aber der Klimawandel macht ein schnelles und in den Zielen **ambitioniertes Umsteuern unserer Wirtschaft** dringend nötig. Wir wollen unser Wirtschafts- und Energiesystem so umbauen, dass wir nachhaltig und auch gerecht wirtschaften und die Pariser Klimaziele erreichen. Dazu gehört aber auch ein fairer Wettbewerb und der Schutz der Unternehmen, die die Transformation aktiv angehen. Wir erwarten deshalb, dass dafür zügig Instrumente wie zum Beispiel ein verbesserter **Carbon Leakage-Schutz** oder ein **CO₂-Grenzausgleich** entwickelt und umgesetzt werden. Es gilt, Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern.

Im Energiesektor sind wir dank einiger Reformen auf einem guten Weg, müssen aber jetzt schnell auch die Punkte aus dem Entschließungsantrag zur **EEG-Novelle** umsetzen. Entscheidend ist, nicht nur die Ausbauziele zu erhöhen, sondern schnell Verbindlichkeit und Tempo bei Genehmigungen und Verfahren zu erreichen. Die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren kann nur gemeinsam mit den Ländern gelingen. Dazu brauchen wir einen verpflichtenden **Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen** und die Bereitstellung geeigneter Flächen für Erneuerbare Energien gemäß der bundesweiten Ausbauziele. Zur Beschleunigung gehören auch eine frühe Bürgerbeteiligung und die Vorverlegung von möglichst vielen Prüfschritten sowie eine Zusammenfassung von sich materiell doppelnden Prüfungen.

Wir brauchen schnell konkrete Schritte zu einer **fairen, gesunden und klimafreundlichen Land- und Ernährungswirtschaft**. Die Tierwohlkennzeichnung muss verpflichtend eingeführt werden. Die Vorschläge der Borchert-Kommission für den Umbau der Nutztierhaltung müssen jetzt umgesetzt werden. Wir kämpfen für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen in der Lebensmittelherstellung. Notwendig sind faire Preise, damit Landwirt*innen von ihrer Hände Arbeit gut leben können. Unser Ziel ist ein gesellschaftlicher Konsens zur Zukunft der Landwirtschaft, der die Interessen der Landwirte und gesellschaftlichen Erwartungen an sie zusammenbringt.

5. Faire Arbeit, faire Löhne

Die Welt verändert sich. Auch die Arbeitswelt. Einige Tätigkeiten wird es so nicht mehr geben. Andere, neue Aufgaben entstehen. Die SPD-Bundestagsfraktion will die **Transformation der Arbeitswelt gerecht** gestalten. Gute Arbeitsbedingungen und starke Tariflöhne braucht es dafür, starke Mitbestimmung und weniger Befristungen. Die Abschaffung des Missbrauchs der **Befristungen** ist für die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer*innen in Deutschland von zentraler Bedeutung. Mobiles Arbeiten muss künftig leichter möglich, aber auch sicherer sein. Wir wollen dies noch in diesem Jahr im Bundestag - wie im Koalitionsvertrag - vereinbart beschließen. Und gute Arbeit darf an Landesgrenzen keinen Halt machen: Deshalb brauchen ein **nationales Gesetz für die Einhaltung von Menschenrechten** entlang der **globalen Lieferketten**, das wirkt – auch setzen wir uns für eine Regelung auf EU-Ebene ein.

Wir haben in der Pandemie erneut erlebt, wie viele Kräfte in der Pflege, in den Gesundheitsberufen, Erziehung oder im Einzelhandel für andere, für uns alle, rund um die Uhr da waren. Ein gutes Gefühl in einer schweren Zeit. Viele dieser Beschäftigten haben Kinder und sind im Alltag an ihre Grenzen gestoßen. Diese Familien haben erfahren, wie wichtig eine **verlässliche und gute Kinderbetreuung** ist. Der **Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung für Grundschulkind**er muss deshalb kommen.

Gleichzeitig haben wir gesehen, dass dem beruflichen Engagement der Menschen insbesondere in dieser Zeit teilweise sehr geringe Löhne gegenüberstehen. Arbeit verdient Anerkennung. Wir wollen für **gute Arbeit, faire Löhne und sozialen Ausgleich** sorgen, denn Anerkennung muss sich auch

auszahlen. Der Lohn muss in jedem Beruf auskömmlich zum Leben reichen. Deshalb will die SPD den **Mindestlohn** weiterentwickeln. Um den Anschluss an die Mitte zu halten, muss er auf **mindestens 12 Euro** steigen.

In der Krise ist für viele Menschen deutlich geworden, wie wertvoll ein starker und ein demokratischer Sozialstaat ist. Dass solidarische Gesellschaften robuster sind und besser funktionieren als Ellenbogengesellschaften. Es gilt, das zu stärken, was sich in der Krise bewährt hat, und gleichzeitig: den **Sozialstaat in der Zukunft zu einem Partner für die Menschen** zu machen, zugewandt. Dazu gehört auch, dass Selbstständige besser sozial abgesichert sind: Indem wir sie unter anderem in das System der Alterssicherung einbeziehen.

6. Internationale Konzerne gerecht besteuern

Zusammenhalt gründet auf Gerechtigkeit. Internationale Konzerne mit Milliardengewinnen sollen endlich gerecht besteuert werden und so ihren Beitrag für die Gemeinschaft, für Bildung, Forschung und Infrastruktur leisten. Finanzminister Olaf Scholz hat das Thema zu einem Schwerpunkt der europäischen und internationalen Politik gemacht. Mit dem neuen US-Präsidenten Biden gibt es nun neue Chancen, eine internationale Lösung im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu erreichen. Eine solche internationale Lösung für eine **globale Mindestbesteuerung von Großunternehmen** und eine **gerechte Digitalbesteuerung** wäre das effektivste Instrument für mehr Gerechtigkeit. Wenn dieser Durchbruch nicht in den kommenden Wochen und Monaten gelingen sollte, muss Europa eine europäische Digitalsteuer einführen - sei es im gemeinsamen Rahmen der EU oder dadurch, dass eine Gruppe von Staaten vorangeht.

7. Sicherheit und eine wehrhafte Demokratie festigen den Zusammenhalt

Sozialdemokratische Innenpolitik mit einer Balance von Freiheit und Sicherheit sorgt für eine stabile Demokratie und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Die Menschen in Deutschland sollen sicher sein und sich sicher fühlen. Nur ein starker und handlungsfähiger Staat kann Schutz vor Gefahren und Gewalt sowie soziale Sicherheit gewährleisten. Wir sorgen weiterhin für **personell gut ausgestattete Sicherheitsbehörden**, die mit der technischen Entwicklung der digitalen Welt Schritt halten und voll funktionsfähig sind.

Nicht nur in den USA treiben antidemokratische Kräfte ihr Unwesen. Auch in Europa und in Deutschland sind die Feinde der Demokratie aktiv, wie der Angriff auf den Bundestag in Berlin im Herbst letzten Jahres gezeigt hat. Die SPD wird sich gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien diesen destruktiven Kräften entgegenstellen und für unser demokratisches Gemeinwesen und die freiheitlichen Grundsätze kämpfen.

Hass, Hetze und einem wachsenden Extremismus stellen wir uns auf allen Ebenen entgegen: Mit einem **Gesetz zur Förderung der wehrhaften Demokratie** werden wir Präventionsprogramme langfristig absichern und Extremismus sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nachhaltig abwehren. Hetzerische Beleidigung und Verächtlichmachung von Personengruppen wollen wir künftig mit dem Verbot der „verhetzenden Beleidigung“ entgegentreten. Die Veröffentlichung so genannter „**Feindeslisten**“ mit Namen und Adressen von politischen Gegnern oder Journalisten werden wir **unter Strafe stellen** und den **Begriff „Rasse“ im Grundgesetz ersetzen**.

Die Vertretung gesellschaftlicher Interessen ist ein Wesensmerkmal unserer Demokratie. Sie muss transparent und für alle Bürger*innen nachvollziehbar sein. Seit über zehn Jahren fordert die SPD die **Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters**. Wir werden ein wirksames Lobbyregister für den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung einführen. Gleichzeitig benötigen wir die exekutive Fußspur, um die die Einflussnahmen von Lobbyist*innen auf Gesetzgebungsprozesse auch in den Ministerien zu dokumentieren.

Am Ende entsteht Zukunft aus Zusammenhalt. Das gilt für die transatlantischen **Beziehungen** und ein **starkes und solidarisches Europa** ebenso wie für die Situation in unserem Land und die bevorstehenden Veränderungen, die wir nur **gemeinsam** schaffen.